

# Sozialliberale Bildungspolitik

---

## Konzept für eine Neuordnung des Bildungswesens

„Bildung ist unser höchstes Gut.“  
„Kinder sind unsere Zukunft.“

### Vorbemerkungen

Ein jeder kennt diese Aussagen und würde ihnen bedenkenlos zustimmen, aber niemand fragt sich dabei, wie es um die Bildung unserer Kinder und das hiesige Bildungssystem wirklich bestellt ist.

Die *Liberalen Demokraten* haben die zu Beginn zitierten Aussagen als Anlass dafür genommen sich diese Fragen zu stellen.

Auf der Bildung der Menschen als eine der Grundsäulen baut eine Gesellschaft auf und für die Bildung hat ein Bildungssystem bestmöglich Sorge zu tragen. Trägt es dies nicht, so nimmt es der Gesellschaft eine wichtige Grundsäule.

Für uns *Liberalen Demokraten* muss Bildungspolitik aus diesem Grund einen der Kernpunkte, wenn nicht sogar den wichtigsten Kernpunkt, der Politik ausmachen. Die Bildung unserer Kinder ist die Grundlage für unsere und deren Zukunft, und somit die Zukunft unserer Gesellschaft.

Eine durch obige Aussagen geprägte Bildungspolitik kann die heutigen Zustände, wie wir sie in unserem Bildungswesen haben, nicht tolerieren.

Die *Liberalen Demokraten* fordern

- kleinere Lerngruppen
- die Einstellung neuer Lehrkräfte
- die Entlastung des Lehrpersonals durch Einsatz von Schulpsychologen, Jugendsozialarbeitern und Verwaltungsangestellten
- die gezielte Förderung der Stärken und Schwächen der Schüler
- eine praxisbezogenere und bessere Ausbildung der Lehrpersonen
- regelmäßige Überprüfungen der Fachkenntnis von Lehrpersonen
- ein bundesweit einheitliches Bildungssystem
- ein System welches Bildung und das Studium für Studieninteressierte aus allen Bevölkerungsschichten möglich und finanzierbar macht

- die Ablösung des getrennten Religionsunterrichts durch Einführung eines gemeinsamen Fachs "Kulturenkunde"

Es muss Schluss sein mit dem seit Jahren andauernden Herumprobieren an einem so wichtigen aber derzeit so maroden System wie dem Bildungssystem. Aus diesem Grund ist für uns *Liberale Demokraten* eine konsequente Neuordnung des Bildungssystems von Grund auf unerlässlich.

Einsparung im Bildungssystem ist Sparen am falschen Ende.

An der Bildung und der Förderung unserer Kinder darf nicht gespart werden sondern darin muss investiert werden, also muss auch wieder mehr ins Bildungssystem investiert werden. Jede Ausgabe zur Verbesserung des Bildungswesens ist eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und somit unseres Staates. Unsere Kinder und Kindeskiner werden einmal das ernten was wir heute säen und jedes Mitglied unserer Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unser Staat werden davon, langfristig gesehen, profitieren.

Aus diesem Grund wurde von uns *Liberalen Demokraten* das folgende Konzept einer sozialliberalen Bildungspolitik zur Reform des Bildungssystems ausgearbeitet.

Für uns Sozialliberale ist klar, dass die individuelle Entwicklung und Förderung mehr in den Mittelpunkt rücken muss. Talente, Interessen, Stärken und Schwächen der Kinder müssen erkannt und gezielt gefördert werden, sie dürfen vor allem mit ihren Schwächen nicht wie bisher sich selbst überlassen bleiben.

## **Reformenkatalog**

### **1. Bildung ist Bundessache**

Wir *Liberalen Demokraten* fordern ein bundesweit einheitliches Bildungssystem, durch das eine bundesweite Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit der jeweiligen Schulabschlüsse gewährleistet wird und Mobilität in Deutschland auch für Kinder möglich und unschädlich macht. Der Bund hat dabei ein für alle Länder geltendes minimales Bildungssystem zu definieren, welches von den Ländern verwaltet wird und durch Einbringung von Verbesserungsvorschlägen bundesweit gültig optimiert werden kann.

Zahlreiche Studien der letzten Jahre belegen eindeutig, dass in der Bundesrepublik ein deutliches Bildungsqualitätsgefälle zwischen den einzelnen Bundesländern existiert.

Die Tatsache, dass so schon allein der Wohnort als Kriterium über die Bildungschancen eines Kindes entscheidet, ist ein Missstand, der für uns Sozialliberale nicht länger hinnehmbar ist. Ferner stellen wir fest, dass bisher der Weg zum gleichen Abschluss nicht nur zwischen den einzelnen Ländern verschieden ist, sondern auch von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich geregelt wird, wodurch ein Hochschulwechsel zusätzlich oft erschwert wird. Das ist vorrangig in Deutschland durchzusetzen aber auch für Europa anzustreben.

## **2. Schaffung eines Beirats in den Kultusministerien der Länder**

Da in dem von uns angestrebten System die Aufgabe der Kultusministerien der Länder nur noch in der Verwaltung des vom Bund vorgegebenen Systems beruht, fordern wir *Liberalen Demokraten* zunächst einen Stellenabbau in den Kultusministerien und eine damit einhergehende zusätzliche Entbürokratisierung des bisherigen Bildungsapparats.

Damit einhergehend fordern wir als Kernpunkt die Schaffung eines, das Kultusministerium ergänzenden, Beirats, der innerhalb der Länder über praxisnahe und praxisdienliche Verbesserungsvorschläge des Bildungssystems, sowie dessen Aufbau und Verwaltung, berät und diese ausarbeiten soll. Dies beinhaltet Verbesserungen des Lehrplans, der Unterrichtsumstände, der zentralen Abschlussprüfungen, etc.

Die vom Beirat erstellten Vorschläge werden dann vom Kultusministerium eines Landes an die Kultusministerien der anderen Länder, und somit auch deren Beiräte, übermittelt. Bei ausreichender Zustimmung eines Vorschlags in allen betreffenden Beiräten, wird der Vorschlag im Bund, unter Beachtung des pro / contra - Urteils der Fachkundigen in den Beiräten, zur Abstimmung vorgelegt.

Folgend nun einige kurze Informationen zur Zusammensetzung der Beiräte:

- Jedes Mitglied des Beirats muss über mindestens 10 Jahre Berufserfahrung als Lehrer oder Hochschuldozent verfügen und noch diesem Beruf nachkommen.
- Es gibt einen Schul- und einen separaten Hochschulbeirat.
- Der Schulbeirat setzt sich aus Vertretern aller Schularten zusammen, also vereint Grund-, Haupt-, Real-, Gesamtschule sowie Gymnasium.
- Der Hochschulbeirat vereint Fachhochschulen, Technische Hochschulen und Universitäten.
- Pro Schul- bzw. Hochschulform soll der Beirat aus 10 Mitgliedern bestehen.
- Jede Schule oder Hochschule schlägt einen Lehrer oder Dozenten des Kollegiums vor.
- Die Wahl erfolgt nach dem Zufallsprinzip per Losverfahren auf eine Dauer von 4 Jahren.

Die wichtigste erste Aufgabe der neuen Beiräte besteht in der Ausarbeitung neuer aktualisierter Lehr- und Studienpläne zur Steigerung der Bildungsqualität unter Beachtung der daraus resultierenden Belastung der Schüler/Studenten.

Eine konkrete Überlastung der Schüler/Studenten ist dabei auf jeden Fall zu vermeiden.

Die Schaffung der oben beschriebenen Beiräte ist für uns *Liberale Demokraten* eine zwingende Notwendigkeit, da viele von den verschiedenen Kultusministerien der Länder erarbeiteten Reformen des jeweils betroffenen Systems zu keiner Verbesserung geführt haben; manche, die auf dem Papier noch sinnvoll erschienen in der Realität so nicht umsetzbar waren oder sogar zu einer Verschlechterung der Bedingungen geführt haben.

Dies führen wir darauf zurück, dass zu viele am Entschluss- und Erarbeitungsprozess beteiligte Mitarbeiter der Kultusministerien oftmals seit Dekaden keinen Schulalltag mehr bewusst erlebt haben und sie somit die Situation der Lehrer und der Schüler weder wirklich kennen noch in der Lage dazu sind diese richtig einschätzen zu können.

Durch die von uns geforderte Einbindung der oben geforderten Beiräte in den Entscheidungs- und Erarbeitungsprozess wäre auf diesem Weg eine deutliche Verbesserung zu erreichen.

## **3. Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren**

Wir stellen fest, dass das Abitur nach 12 Jahren zu einer Überforderung der Schüler führt, da der bestehende Lehrplan nicht oder nur unzureichend eingekürzt wurde und dass dadurch die Bildungsqualität leidet.

Einem überarbeiteten Schüler ist es nicht möglich soviel aufzunehmen wie ihm nun in kürzerer Zeit vermittelt werden soll und eine dies vermeidende weitere Einkürzung des

Lehrplans würde nur zu einer weiteren Verminderung des Bildungsumfangs und der -qualität führen.

Aus diesem Grund fordern wir *Liberale Demokraten* eine bundesweite Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren an Gymnasien und Gesamtschulen.

Dies hätte eine Entlastung der Schüler zur Folge und würde dennoch mehr Zeit bringen die Schüler durch einen darauf ausgelegten aktualisierten Lehrplan besser auszubilden.

Ferner bliebe den Schülern in Zukunft neben der Schule mehr Zeit zur individuellen Entfaltung und zur Regeneration.

#### **4. Bundesweite zentrale Abschlussprüfungen an weiterführenden Schulen**

Wir *Liberalen Demokraten* begrüßen die zentral durchgeführten Abschlussprüfungen an den weiterführenden Schulen. Durch sie ist endlich eine echte Vergleichbarkeit der Abschlüsse gegeben und der Wohnort und die damit zusammenhängende Schulwahl führt nicht mehr zu einer Bevor- oder Benachteiligung.

Aus diesem Grund fordern wir die Abschlüsse nicht nur landesweit sondern auch bundesweit zentral zu steuern und zu vereinheitlichen.

Somit wird gewährleistet dass Abschlüsse einer Schulform in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern auf der gleichen Grundlage basieren und folglich gleichberechtigt und gleichgestellt sind.

Eine solche Vergleichbarkeit erleichtert auch den Betrieben die Einstellung neuer

Auszubildender und stellt für Studieninteressierte ein gerechtes Kriterium zur Zulassung dar.

#### **5. Einführung des gemeinschaftlichen Fachs „Kulturenkunde“ an Stelle des getrennten Religionsunterrichtes**

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine Ablösung des bisherigen getrennten Religionsunterrichtes durch ein neu zu schaffendes Fach „Kulturenkunde“. Dieses Fach soll dann für alle Religionsgruppen gemeinsam unterrichtet werden und die verschiedenen Kulturen und Glaubensrichtungen, also u. a. Christentum (römisch-katholisch, altkatholisch, protestantisch, orthodox, koptisch, etc), Islam (Shiiten, Sunniten, etc), Judentum, Hinduismus, Buddhismus, Lamaismus, Naturreligionen, und auch aktuelle einflussreiche Glaubensgemeinschaften und Sekten (Zeugen Jehovas, Scientology, Mormonen, etc), möglichst gleichberechtigt behandeln. Das würde nach Meinung der *Liberalen Demokraten* zu einer Bildung einer neuen Grundlage für größeren gegenseitigen Respekt zwischen den unterschiedlichen Kulturkreisen durch größeres Wissen über die kultureigenen und -fremden Grundsätze, die Geschichte, sowie Riten, Normen und Bräuche führen. Als Folge daraus könnte es auch zu einem Ausbau des bisherigen ethischen Wertesystems hin zu einem offeneren und globaleren Wertesystem in unserer Gesellschaft kommen, welches einem Kulturschmelztiegel wie Deutschland eher entspräche.

Nach unserer Auffassung ist dies durch den bisherigen Religionsunterricht nicht möglich, da er nicht nur strikt die Religionen voneinander trennt, sondern auch die jeweils anderen Religionen nur lückenhaft behandelt. Es kommt also schon in der Schule zu einer mangelhaften Aufklärung über die fremden Kulturen, woraus sich ein verringertes Verständnis und eine unzureichende Akzeptanz unter den Kulturen ergeben.

Folglich erfüllt das Fach Religion nicht den gewünschten Zweck der Verständigung unter den Kulturen, sondern erschwert durch seine strikte gegenseitige Abkapselung der Kultur- und Glaubensrichtungen die Integration.

Eine Tatsache, die in einem kulturellen Schmelztiegel wie Deutschland schnell zu Problemen führen kann.

Zur Förderung der Integration ist es für uns unerlässlich die Aufklärung bereits in der Schule zu verbessern und somit durch das Fach „Kulturenkunde“ eine höhere interkulturelle Akzeptanz und ein besseres interkulturelles Verständnis zu schaffen.

## **6. Abschaffung der Kopfnoten**

Die *Liberalen Demokraten* stellen fest, dass die in einigen Bundesländern eingeführten sog. Kopfnoten keinen tieferen Sinn verfolgen und keinen direkten Nutzen für die Beurteilung der Schüler darstellen. Aus diesem Grund sind sie der Meinung, dass eine Beibehaltung der Kopfnoten nicht sinnvoll ist und fordern deshalb ihre bundesweite und ersatzlose Abschaffung.

## **7. Schaffung eines neuen Gesamt-Schulsystems unter Beibehaltung der einzelnen Schulformen**

Wir *Liberalen Demokraten* begrüßen den Übergang in eine weiterführende Schule nach der grundschulischen Ausbildung.

Vor allem in der Gesamtschule sehen wir dabei die ideale Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeit für Schüler, da sie dort ihren individuellen Stärken und Schwächen entsprechend optimal gefördert werden können.

Aus diesem Grund ist für uns eine Ausweitung der Gesamtschulversorgung und die Schaffung eines universellen Gesamt-Schulsystems, in welches alle bisher getrennten Schulformen miteinander vernetzt zu integrieren sind, unerlässlich.

In diesem neu zu schaffenden Gesamt-Schulsystem würde der Wechsel auf andere Schulformen vor allem von einer niedrigeren auf eine höhere deutlich erleichtert und ein Wechsel im System nach unten wäre nicht mehr gleichbedeutend mit einem sozialen Abstieg oder einem Scheitern, sondern würde als neue Chance auf bessere Noten und einen für den Schüler optimalen Abschluss angesehen werden können.

Die bisherige Regelung widerspricht unserem sozialliberalen Standpunkt, dass jedem Menschen die für ihn bestmögliche individuelle Förderung widerfahren soll. Die *Liberalen Demokraten* fordern deshalb die Schaffung einer schulformübergreifenden Gesamt-Schule.

## **8. Neustrukturierung des schulischen Klassensystems und damit zusammen hängende Verbesserung der Wechselmöglichkeiten zwischen den Schulformen und der angebotenen Abschlüsse**

Die *Liberalen Demokraten* stellen fest, dass zur Schaffung eines optimalen Gesamt-Schulsystems folgende Änderungen in der bisherigen Struktur unerlässlich sind, um eine optimale individuelle Förderung, und auch Forderung, der Schüler an den Schulen zu gewährleisten.

### **a) Abschaffung der statischen Klasseneinteilung ab Beginn des 3. Schuljahres**

Die Entwicklung, die Erweiterung, sowie die Förderung sozialer Fähigkeiten ist für uns Sozialliberale von gleichem Stellenwert wie die Entwicklung und Förderung der kognitiven Fähigkeiten.

Aus diesem Grund ist die althergebrachte statische Klassenstruktur zu durchbrechen um optimale Lern- und Förderbedingungen für jeden einzelnen Schüler zu gewährleisten.

Die statische Struktur führt dazu, dass die meisten Schüler sich nur selten in eine neue Gruppe integrieren müssen, was wiederum zu festen Cliquenstrukturen innerhalb der Klasse führt und so die Abgrenzung und die Ausgrenzung von bestimmten Gruppen oder Einzelpersonen in der Klasse fördert. Dies ist nicht förderlich für die soziale Entwicklung und kann kein beabsichtigtes Ziel der Bildung und Erziehung an unseren Schulen sein.

Aus diesem Grund steht für die *Liberalen Demokraten* fest, dass ein fachabhängiges und stetig fluktuierendes Einteilungssystem zu finden ist, wodurch die Schüler gezwungen sind sich stetig von Fach zu Fach und von Zeit zu Zeit in wechselnde Gruppenzusammensetzungen zu integrieren, was die soziale Interaktion und die soziale Kompetenz der einzelnen Schüler fördern und zugleich fördern würde.

### **b) Schaffung einer Einteilung in fachspezifische Förderstufen**

Mit Beginn des 3. und bis zum Ende des 10. Schuljahres sind die Schüler auf Grundlage ihrer bisher erbrachten Leistungen in jedem Fach in Förderklassen einzuteilen. Die Einteilung der Förderklassen kann zu jedem Halbjahreswechsel neu, den Leistungen und Förderbedürfnissen der Schüler entsprechend, erfolgen.

Die Einteilung in fachabhängige Förderstufen ist dreigeteilt und folgendermaßen strukturiert:

#### **- Förderklasse A**

Zur Förderklasse A zählen die Schüler, die in einem Fach herausragende und gute Leistungen erbringen, ein Talent für dieses Fach zeigen und gesondertes bzw. weiterführendes Interesse am Fach zeigen.

#### **- Förderklasse B**

Förderklasse B stellt die Standardklasse dar. Auf der Stufe B beginnt jedes neu einsetzende Fach für das erste Halbjahr. Danach zählen nur noch Schüler zur Förderklasse B, die weder den Stufen A noch C zuzuordnen sind.

#### **- Förderklasse C**

Zur Förderklasse C zählen diejenigen Schüler, die in einem Fach konstant deutliche Schwächen zeigen.

Für jede Förderklasse gelten gesonderte Förderbestimmungen um eine bestmögliche individuelle Unterstützung der Schüler bei ihren Stärken und Schwächen zu gewährleisten.

Die geschaffenen Förderklassen sind getrennt voneinander zu unterrichten und die Gruppengröße sollte nicht größer sein als 20 Schüler um eine optimale Lehratmosphäre zu erschaffen und dem Lehrer die Möglichkeit zu geben sich wirklich um jeden einzelnen Schüler individueller kümmern zu können.

Gruppen mit 25 oder mehr Mitgliedern sind kontraproduktiv und überfordern die Lehrperson, eine gerechte Ausübung ihres Lehrauftrags ist so nicht möglich.

Auch für die Schüler sind große Gruppen problematisch und führen zu Diskrepanzen innerhalb der Gruppe und zu einer gestörten und gereizten Grundatmosphäre innerhalb der betreffenden Gruppe, worunter wiederum das Lernklima leidet.

Die Einteilung eines Schülers in die jeweiligen Förderklassen in der Grundschule soll als maßgebliche Bewertungsgrundlage für den Wechsel auf eine weiterführende Schulform dienen.

### **c) Förderleistungen der jeweiligen Stufen**

#### **- Förderklasse A**

Schüler der Förderklasse A erhalten in den betreffenden Fächern ein verringertes Hausaufgabenpensum, wenn sie im Gegenzug den Stoff vertiefende oder weiterführende Förderkurse besuchen. Der Besuch dieser Kurse ist freiwillig, muss dann aber für das gesamte Halbjahr beibehalten werden, dies wird dann ohne Benotung auf dem Zeugnis vermerkt.

Hat der Schüler sich zum Halbjahresbeginn in der Förderklasse A für eine Teilnahme entschieden und besucht den Förderkurs doch nicht, so ist dies als Fehlstunde einzutragen.

#### **- Förderklasse C**

Schüler der Förderklasse C erhalten in den betreffenden Fächern den Lehrstoff aufarbeitende Förderkurse sowie eine gesonderte Hausaufgabenbetreuung. Das

Hausaufgabenpensum entspricht dabei dem heutigen Standard. Besuch der Förderkurse und der Hausaufgabenbetreuung sind für Schüler der Stufe C Pflicht und Versäumen ist als reguläre Fehlstunde zu betrachten.

Der Besuch der Förderkurse und der Hausaufgabenbetreuung werden unbenotet auf dem Zeugnis vermerkt.

#### - Förderklasse B

Schüler der Förderklasse B erhalten das normale Hausaufgabenpensum in dem betreffenden Fach und können freiwillig bedarfsbedingt eine Hausaufgabenbetreuung in Anspruch nehmen. Den Schülern bleibt dabei freigestellt wann und ob sie diese nutzen, eine Teilnahme das ganze Halbjahr über ist nicht Pflicht für die Schüler der Stufe B und es erfolgt kein Vermerk auf dem Zeugnis.

Die Förderkurse in den jeweiligen Fächern finden jeweils an den Nachmittagen statt. Förderkurslos und befreit von der Einteilung in Förderklassen nach Leistung bleibt das Fach Sport, dort sollte für die Schüler vielmehr die Wahl eines Schwerpunkts möglich sein. Ein Sportkurs der vermehrt Wert auf Leichtathletik legt, einer der sich gesondert auf Team- und Ballsportarten konzentriert, ein weiterer der klassisches Turnen und Tanz in den Mittelpunkt stellt und ein letzter der sich speziell dem Wassersport widmet.

#### **d) Verbesserung der Wechselmöglichkeiten zwischen den weiterführenden Schulen**

Die Wechselmöglichkeiten sind nach Meinung der *Liberalen Demokraten* dringend zu novellieren, da das bisherige Schulsystem eigentlich nur einen Wechsel nach unten von einer höheren auf eine niedere Schulform kannte.

Dies gelingt nun durch Nutzung der oben geforderten Förderklassen. Hat ein Schüler einer niedrigeren Schulform in vielen Fächern die Einteilung in Förderklasse A, darunter natürlich vor allem die Leistungsfächer Mathematik und Deutsch, so soll es ihm möglich sein auf eine höhere Schulform zu wechseln, wo sie dann zunächst in die Förderklasse B einzustufen sind. Im umgekehrten Fall natürlich gilt für Schüler, die in sehr vielen Fächern in die Leistungsklasse C eingestuft sind, dass sie auf eine niedere Schulform wechseln, wo sie ebenfalls zunächst in Förderklasse B einzuordnen sind.

Diese Wechsel zwischen den Schulformen sind alle 2 Jahre, also nach der 6., der 8. und der 10. Klasse, durch Auswertung der gezeigten Entwicklung in den jeweiligen Einteilungen zu prüfen und mit den Eltern der Schüler zu beraten. Zentrale Bedeutung sollte dabei das Wohl des Kindes haben.

Die Möglichkeit der Wechsel sorgt somit dafür, dass jeder Schüler, den für ihn besten Abschluss mit einem bestmöglichen Resultat erzielen kann. Ein Wechsel auf eine Gesamtschule jedoch ist stets möglich, da dort eine umfassende Ausbildungsmöglichkeit besteht und sie somit in unseren Augen die optimale Versorgungsmöglichkeit für die Schüler darstellt.

#### **e) Wiederholung eines Schuljahres**

Im Zuge der gezielteren Förderung in der Förderklasse C und der neuen Wechselmodalitäten zwischen den Schulformen ist zu prüfen ob die Wiederholung eines Schuljahres, und somit eine unplanmäßige Verlängerung der Schullaufbahn noch sinnig ist.

Eine Wiederholung eines Schuljahres macht für uns *Liberalen Demokraten* nur dann Sinn, wenn z.B. krankheitsbedingt ein Großteil des Schuljahres verpasst wurde und es dem Schüler nicht zuzumuten ist, den verpassten Stoff schulunabhängig nachzuarbeiten. Eine Wiederholung eines Schuljahres kann darüber hinaus auf Wunsch des Schülers, in Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten und den Lehrern erfolgen.

#### **f) Gymnasiale Oberstufe**

Die gymnasiale Oberstufe bleibt von den Neuerungen der Förderklassen unangetastet, da sie von uns *Liberalen Demokraten* in ihrer bisherigen Form als Mischung von Grund- und Leistungskursen als ideal angesehen wird. Die Fächerwahl sollte aber jedem Schüler freigestellt sein, lediglich die Anzahl der erlaubten Grund- und Leistungskurse ist festzulegen.

Die Modalitäten der Oberstufe sind jedoch bundesweit einheitlich zu regeln. Eine bundesweit einheitliche Regelung ist von den Kultusministerien der Länder unter Mitarbeit der Beiräte zu verhandeln und auszuarbeiten.

Dies trägt zur Einheitlichkeit und zur Vergleichbarkeit der Abschlüsse untereinander bei.

### **g) Abschlüsse**

Jede weiterführende Schulform in diesem Gesamt-Schulsystem, ausgenommen der universellen Gesamtschule, ist dabei auf einen Abschluss spezialisiert und bietet nur diesen an.

Hauptschulen bieten die Möglichkeit zur „Grundreife“ an, welche ausschließlich für den sofortigen Eintritt in die Arbeitswelt berechtigt, jedoch nachträglich über Abendschulprogramme zur „qualifizierenden Reife“ ausgebaut werden kann.

Die Realschule schließt mit der „qualifizierenden Reife“ ab, welche sowohl für den Eintritt in die Arbeitswelt als auch für die Fortsetzung der Schullaufbahn in gymnasialen Oberstufen qualifiziert.

Gymnasien bieten zum Ablauf der 10. Jahrgangsstufe ebenfalls die „qualifizierende Reife“ an und zum Ablauf des 13. Jahrgangs die Abschlussform der „Universalreife“, die zum Studium an Fachhochschulen, techn. Hochschulen oder Universitäten Grundvoraussetzung ist.

Gesamtschulen bieten alle drei Abschlussarten parallel an ohne Festlegung einer Jahrgangsstufe. An der Gesamtschule sollen individuelle Schuldauern bis zum jeweiligen Abschluss möglich sein.

## **9. Sprachen**

### **9.1 Einführung der ersten Fremdsprache und Förderung der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund und stark Dialekt sprechenden Kindern**

Der spielerische Beginn des möglichst frühen Erlernens der ersten Fremdsprache in der Grundschule wird von den *Liberalen Demokraten* als sinnvoll angesehen. Kinder im Vor- und frühen Grundschulalter sind, wie Studien beweisen, besser in der Lage neue Sprachen aufzunehmen als Kinder oder Jugendliche höheren Alters. Ferner erleichtert ein Beginn mit der ersten Fremdsprache auf der Grundschule den Wechsel auf eine weiterführende Schule, da dort dann weniger für die Schüler neue Fächer aufwarten.

Das Hauptaugenmerk der Grundschule sollte aber auch weiterhin auf der Lehre der deutschen Sprache liegen.

Für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder die Dialekt sprechend aufgezogen wurden sind an Nachmittagen während der ersten beiden Schuljahre gesonderte Sprachförderkurse anzubieten.

### **9.2 Sprachen kultureller Minderheiten**

An Schulen in Siedlungsgebieten von kulturellen Minderheiten (z.B. Sorben und Friesen) ist die Muttersprache vom 1. bis zum 10. Schuljahr zu unterrichten.

## **10. Verpflichtendes Vorschuljahr zur Sicherstellung der Schulfähigkeit und zur frühen Förderung der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund und ausschließlich Dialekt sprechenden Kindern**

Zur Sicherstellung der Schulfähigkeit der Kinder und zur bereits unter Punkt 9 erwähnten sprachlichen Förderung ist nach Meinung der *Liberalen Demokraten* ein Pflicht-Vorschuljahr einzuführen. Dies hilft es sicherzustellen, dass diese Kinder nicht bereits ab Schulbeginn des 1. Schuljahres durch das Nicht-Beherrschen der Unterrichtssprache benachteiligt werden. Ferner können auf diesem Weg verhaltensauffällige Kinder besser betreut werden und ggf. an speziell dafür ausgerichtete Vorschulen oder Förderschulen weitervermittelt werden um auch für diese Kinder eine bestmögliche Förderung zu gewährleisten.

## **11. Ganztagschule**

Für uns *Liberale Demokraten* ist im Zuge der unter Punkt 8 geforderten Fördermaßnahmen, sowie der Hausaufgabenbetreuung, die Einführung der Ganztagschule unerlässlich.

In dieser Form könnte der reguläre Lehrbetrieb vormittags und mittags durchgeführt und nach einer längeren Mittagspause dann die neuen Angebote als nachmittägliche Kurse angeboten werden. Die Ganztagschulen sind dabei zur Verpflegung der Schüler dazu verpflichtet Mensen oder zumindest Caféterien, mit einem entsprechenden Angebot an warmen und kalten Speisen, einzurichten.

Die dort ausgegebenen Mahlzeiten sind den Schulkindern kostenlos anzubieten und es ist verstärkt auf deren Ausgewogenheit und Qualität zu achten.

## **12. Einheitliche schulische Praktika**

Wir *Liberalen Demokraten* fordern, während des 9. und 10. Schuljahres für die Schüler der Gesamt- und Sekundarschulen und des 10. und 11. Schuljahres für die Schüler der Gymnasien drei ein- bis zweiwöchige schulische Praktika einzurichten.

Dafür sind von der Industrie, Handwerk, anderen Betrieben und Behörden spezielle Praktikumsstellen mit gesonderten Praktikumsprogrammen zu schaffen, die den Schülern einen besseren Einblick in die jeweilige Industrie bzw. ins jeweilige Handwerk oder Dienstleistungsbranche und einen besseren Einblick ins dazugehörige Berufsleben gewähren sollen.

Die Praktikumsprogramme sind von den einzelnen Betrieben mit den betreffenden Industrie- und Handelskammern, Ämtern, o.ä. abzusprechen, zwischen den Betrieben einer Sparte möglichst einheitlich zu gestalten, und in der Umsetzung strikt einzuhalten.

Die *Liberalen Demokraten* sind des Weiteren der Auffassung, dass speziell in den Bereichen des Medien-, Kommunikations- und des IT-Sektors ein Ausbau der Praktikumsstellenstruktur dringend und zwingend erforderlich ist.

## **13. Der Beruf „Lehrer“**

Wir *Liberale Demokraten* befürworten den Abbau des Beamtenverhältnisses des Lehrberufs im Schulbereich um den Spielraum für die Gewinnung und die Einstellung von Lehrkräften auszubauen. Weitergehend unterstützen wir die Forderung nach einer einheitlichen Bezahlung der Lehrkräfte an den verschiedenen Schulformen und in den verschiedenen Altersstufen. Diese Neuregelung ist zugleich in Verbindung mit einer deutlichen Gehaltssteigerung zu verwirklichen.

Der Lehrberuf würde durch die oben aufgeführten Maßnahmen wieder attraktiver und diese gesteigerte Attraktivität des Lehrberufs würde helfen den Mangel an Lehrkräften zu beheben. Weiter sollten in einem bundesweit einheitlichen Schulsystem die Lehrkräfte Angestellte des Bundes sein. Ein bundeslandübergreifender Arbeitsplatzwechsel darf nicht mehr dazu führen das dieser bei Arbeitsaufnahme in einem anderen Bundesland vom Gehalt her als Berufsanfänger eingestuft wird.

Wir reagieren damit auf den Sachverhalt, dass der Lehrberuf heutzutage keinen hohen Stellenwert mehr in der Gesellschaft genießt.

Mit der von uns geforderten Gehaltserhöhung reagieren wir zugleich auf den Missetand, dass die Lehrer bisher für ihre physisch und vor allem psychisch Kräfte zehrende und für unsere Gesellschaft immens wichtige Arbeit nicht ausreichend bezahlt werden und bekräftigen damit, dass der Lehrberuf in Wahrheit kein Halbtagsjob ist.

Die *Liberalen Demokraten* fordern weiterhin die Ausbildung der Lehrkräfte zu verbessern und der Praxisanteil in der Ausbildung zu erhöhen. So könnten z.B. Lehramtsstudenten in Form bezahlter im Studienverlaufsplan vorgesehener Praktika dazu herangezogen werden die Hausaufgabenbetreuungen in den Schulen zu übernehmen. Im Zuge dessen sind als notwendige Konsequenz die Studienverlaufspläne und -richtlinien von Grund auf durch die neugeschaffenen Beiräte in den Ministerien zu überarbeiten.

Außerdem sind wir *Liberalen Demokraten* der Auffassung, dass in Fächern mit deutlichem Lehrermangel zu prüfen ist, Absolventen der entsprechenden Fachrichtungen befristet oder auf Langzeit als Lehrperson für das jeweilige Fach einzusetzen. Die befristete Lehrtätigkeit könnte neben dem Erhalt des regulären Pädagogengehalts zudem durch die Möglichkeit zur Promotion attraktiver gemacht werden.

Ferner fordern wir eine für Lehrer verpflichtende regelmäßige Prüfung auf Fachtauglichkeit, wodurch die Lehrer dazu angehalten wären sich in Zukunft stetig auf ihrem Fachgebiet fortzubilden. Entsprechende Maßnahmen wären fachspezifisch von den Kultusministerien auszuarbeiten und anzubieten.

Dies würde nach unserem Dafürhalten zu einer Steigerung der Bildungsqualität beitragen, da nur diejenigen Lehrer ein Fach weiterhin unterrichten dürfen, wenn sie die fachliche Kompetenz in den alle 5 Jahre stattfindenden Prüfungen beweisen.

Wird eine solche Leistung nicht erbracht, so ist ein Lehrer solange nicht als Fachlehrer dieses Faches einzusetzen bis er sie in einer Wiederholungsprüfung erbringt.

Neben dem Ausbau der fachlichen Kompetenz der Lehrer ist aber auch auf die psychische Belastung der Lehrpersonen zu achten. Psychologische Unterstützung ist anzubieten um einer Überarbeitung und Überbelastung im Spannungsfeld zwischen Kindern, Eltern und Lehrplänen vorzubeugen.

Im Zuge dessen ist es nach Auffassung der Liberalen Demokraten unerlässlich für Lehrer unbezahlte Sabbaticals anzubieten um auch, wie in anderen Berufen üblich, auf diese Weise einem Burn-Out der Lehrpersonen vorzubeugen. Ebenso sind verschiedene Modelle der Altersteilzeit anzubieten.

#### **14. Entlastung des Lehrpersonals**

Die *Liberalen Demokraten* sind der Ansicht, dass die Lehrer von berufsfremden Tätigkeiten, insbesondere von verwaltungs-, organisationstechnischen und reinen Betreuungsaufgaben, entlastet werden müssen um sich mehr auf die reine Lehrtätigkeit konzentrieren zu können. Dazu sind in erster Linie speziell ausgebildete Verwaltungsangestellte an den Schulen einzusetzen.

Ferner ist der Einsatz von Schulpsychologen und Jugendsozialarbeitern an Schulen auszubauen und entsprechende Stellen in Abhängigkeit von der Schülerzahl sind vor Ort zu schaffen und zu besetzen.

Diese Maßnahmen sind zur Entlastung des Lehrpersonals an Schulen unumgänglich und dienen zugleich der Verbesserung des Arbeitsklimas für Lehrer und auch des Lernklimas für Schüler.

Lehrer können auf diese Weise wieder der Arbeit nachgehen für die sie ausgebildet wurden in dem sie auf das Fachpersonal zurückgreifen können und die Schüler erhalten dadurch eine zusätzliche Betreuung.

#### **15. Das Umfeld „Schule“**

Um wie in Punkt 13 gefordert die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern ist auch eine Verbesserung des Arbeitsumfeldes und somit auch eines verbesserten Lernumfeldes für die Schüler unumgänglich. Wir *Liberalen Demokraten* vertreten die Ansicht, dass zur Schaffung

eines annehmbaren Umfelds „Schule“ dringend Sanierungs- und Modernisierungs-, sowie mancherorts auch Ausbaumaßnahmen zu treffen sind.

Unterricht in zu kleinen Räumen in dringend sanierungsbedürftigen Gebäuden bei unzureichendem Zugriff auf moderne Technik darf nicht länger der Alltag für unsere Schüler und Lehrer sein.

Ferner fordern die *Liberalen Demokraten*, separate Schulbusse, die mit Sicherheitsgurten ausgerüstet sein müssen und die zusätzlich zum normalen Linienverkehr verkehren sollen. Dies gilt vor allem für die ländlichen Gebiete, weil es Schülern nicht zuzumuten ist umständlich mit dem oft überfüllten Linienverkehr unterwegs zu sein um dann ggf. auch noch viel zu früh am Schulort anzukommen oder nach der Schule lange warten und fahren zu müssen um wieder nach Hause zu gelangen.

Dieser Schulbusverkehr soll für alle Schüler kostenfrei nutzbar sein.

Weiterhin fordern wir *Liberale Demokraten* die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen und Elternschaften bei den Ausschreibungen und Besetzungen von Stellen zu erweitern. Schulen sind entsprechend zu autonomisieren und sie müssen gegenseitig in Konkurrenz treten können. Ein entstehender Konkurrenzdruck unter den Schulen hätte in unseren Augen einen weiteren positiven Effekt auf die Ausbildungsumstände der Schüler.

## **16. Förderung der kreativen und musischen Fähigkeiten**

Für uns *Liberale Demokraten* sind nach unseren sozialliberalen Grundsätzen die kreativen und musischen Fertigkeiten ebenso wichtig wie die kognitiven oder sozialen.

Aus diesem Grund fordern wir, in Bezug auf Regelungen in Skandinavien, dass es Schülern unserer Schulen möglich gemacht werden sollte im Zuge ihrer schulischen Ausbildung ein Musikinstrument zu lernen, oder Kurse z.B. im Bereich Kunst oder Fotografie zu belegen. Ein solches Angebot ließe sich mit subventionierten Kooperationen zwischen Jugendmusikschulen, der VHS oder anderen Einrichtungen und den jeweiligen Schulen bewerkstelligen. Dies könnte außerhalb des geregelten Lehrplans in Form von AGs von den Schulen angeboten werden um den Schülern dort die Gelegenheit zu geben einem Hobby nachzugehen.

## **17. Studiengebühren**

Die *Liberalen Demokraten* vertreten die Auffassung, dass es einem jeden Menschen unabhängig seiner Herkunft, gesellschaftlichen oder finanziellen Stellung möglich sein muss zu studieren. Aus diesem Grunde fordern sie die Studiengebühren in ihrer jeweiligen jetzigen Form abzuschaffen.

Ein Erststudium muss, abgesehen von den Semesterbeiträgen der Universitäten, innerhalb eines bestimmten Rahmens kostenlos bleiben. Die dazugehörigen Kosten an Materialien, ggf. Miete, etc., sind oft ohnehin schon groß genug und für viele Studenten auch so nur schwer aufzubringen.

## **18. Bafög**

Die *Liberalen Demokraten* unterstützen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wodurch das Bafög in seiner bisherigen Form, ebenso wie alle anderen Sozialtransfers, ersatzlos wegfallen würde.

Bis zur Einführung des BGE ist für uns *Liberale Demokraten* die bisherige Bafög-Regelung übergangsweise zu novellieren. Im Zuge der steigenden Lebenshaltungskosten und der zunehmenden Inflation sind die Bafög-Regelsätze in allen Bereichen zu erhöhen. Diese darf jedoch nicht wie bisher damit einhergehen, dass auch die Kriterien für Bafög - Berechtigung verschärft werden, sondern im Gegenteil, auch diese Kriterien sind dann zu lockern.

Diese angestrebte Neuregelung gibt Studenten mehr Möglichkeiten ihr Leben zu gestalten und sich trotz Studium ein wenig selbst zu verwirklichen ohne ein Leben am Minimum zu führen. Durch bessere Aussichten auf finanzielle Beihilfen bei wie unter Punkt 17 geforderter Abschaffung bzw. Reduzierung der Studiengebühren wird auch für viele Kinder aus finanziell weniger gut gestellten Elternhäusern ein Studium ermöglicht und attraktiv gemacht.

Diese gesteigerte Attraktivität eines Studiums würde zugleich dazu beitragen den Fachkräftemangel in Deutschland zu mindern.

Wir *Liberalen Demokraten* sind der Auffassung, dass selbst der beste Student sein Studium nicht erfolgreich beenden kann, wenn die Förderung aufhört oder nur minimaler Natur ist und er durch Erwerbsarbeit nebenher sein Pensum an der Uni vernachlässigen muss und von Existenzängsten heimgesucht wird.

Ein Abschluss in der Regelstudienzeit ist unter solchen Bedingungen kaum mehr möglich und es führt zu einer Verlängerung des Studiums, so dass die Studenten erst verspätet ins Berufsleben Einstieg finden oder ihr Studium ganz abbrechen müssen, weil sie es zeitlich und finanziell, physisch und psychisch nicht mehr schaffen können.

Aus diesem Grund ist es für uns zwingend notwendig die finanzielle Versorgung der Studenten zu verbessern, als Idealmodell sehen wir dabei das BGE an.

### **19. Abkehr vom Bachelor / Master – System**

Die *Liberalen Demokraten* fordern eine Abkehr vom Bachelor / Master-System und damit einhergehend die Reinstallation der althergebrachten und international hoch angesehenen deutschen Diplom und Magister Abschlüsse. In manchen Studienrichtungen ist dabei zu überprüfen das alte Diplom oder den alten Magister, wenn sinnvoll, durch ein Staatsexamen zu ersetzen.

Wir reagieren damit auf den Sachverhalt, dass die mit der Einführung des Bachelor / Master-Systems beabsichtigte internationale Vereinheitlichung der Bildungsabschlüsse gescheitert ist.

Aktuell benennen die Staaten die Abschlüsse zwar gleich und verkaufen diese als gleichwertig und gleichberechtigt, doch ist der Weg zu diesem Abschluss von Staat zu Staat und auch innerdeutsch sehr unterschiedlich.

Ferner stellen wir fest, dass auch die beabsichtigte nationale Vereinfachung nicht stattgefunden hat. Es wurde weder ein Hochschulwechsel erleichtert, da auch von Hochschule zu Hochschule die Wege zum Abschluss differieren, noch ist es wie versprochen problemlos möglich mit einem an der Fachhochschule abgeschlossenen Bachelor auf eine Universität zu wechseln um dort den Master zu machen.

Des Weiteren weisen wir *Liberalen Demokraten* darauf hin, dass inzwischen selbst das Mutterland des Bachelor / Master-Systems, die Vereinigten Staaten, in vielen Fachrichtungen dieses System durch das ehemalige deutsche Diplom abgelöst haben.

Ebenso besorgt nahmen sie dabei die auf der ChemCologne 2010 in Bonn von Industrievertretern, Professoren und Vertretern der Studentenschaft diskutierten Inhalte zur Kenntnis, dass es vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich mit dem Bachelor / Master-System zu Problemen kommt und durch die steigende Zahl an Studienabbrechern auch der Fachkräftemangel auf diesem Gebiet gefördert statt eingedämmt wird. Die Vertreter der Industrie stellten weiterhin fest, dass es für den Bachelor-Abschluss in der Industrie gar keine Verwendung und auch keine passende Stellenstruktur gibt. Bachelor einer Naturwissenschaft sind also genötigt auch den Master zu machen um beruflich eine Chance zu haben.

Diese aufgeführten Sachverhalte bekräftigen uns in unserer Forderung in Deutschland das Bachelor / Master-System zu Gunsten des Diploms und des Magisters wieder abzuschaffen.

## **20. Berufliche Ausbildung**

Die *Liberalen Demokraten* fordern einen strikten Ausbau der beruflichen und schulischen Ausbildungsstellenstruktur in Deutschland.

Ferner sehen sie die aktuelle Beratung und Vermittlung durch die Agentur für Arbeit kritisch. Schüler werden bei der Frage nach der Berufswahl und beim Bewerbungsvorgang und der Stellensuche zu oft sich selbst überlassen. Die Beratung der Schüler ist dringend auszubauen und individuell auf die Talente, Kenntnisse und Bedürfnisse des jeweiligen Schülers zuzuschneiden um ein für alle Seiten optimales Ergebnis zu erzielen.

Ferner ist nach Meinung der *Liberalen Demokraten* eine Möglichkeit zu schaffen um mit Abschluss der Ausbildung zusätzlich auch die Fachhochschulreife zu erlangen. Damit würde den Talenten und Kenntnissen der Berufsauszubildenden entsprechend Rechnung getragen und der Weg für eine weiterführende Qualifikation eröffnet.

## **21. Bildungskosten**

Für die *Liberalen Demokraten* steht fest, dass eine bestmögliche Bildung für jeden Menschen bezahlbar und erreichbar sein muss, denn die Bildung zählt zu den Grundrechten eines jeden Menschen unabhängig vom gesellschaftlichen oder finanziellen Status.

Aus diesem Grund fordern wir eine generelle Überarbeitung und somit durch Senkungen oder Streichungen der Gebühren im Bildungssektor eine sozialere Gestaltung derselben vorzunehmen; z.B. Kindergartengebühren, Anmeldegebühren an Schulen oder Berufskollegs, Studiengebühren etc.

## **22. Berufsakademien**

Die Förderung und der Ausbau von Berufsakademien in denen Praxis und Theorie im Wechsel erfolgt, eröffnet Möglichkeiten, dass eine Ausbildung von qualifizierten Fachkräften (Hochschulabsolventen) bei Bedarf in den Unternehmen erfolgt. Gerade für mittelständische Unternehmen eröffnen sich hier Möglichkeiten die in den letzten Jahren entstandenen erhöhten Anforderungen gerecht zu werden. Diese Art der Ausbildung eröffnet, nach Meinung der *Liberalen Demokraten*, neue Möglichkeiten und wird den Anforderungen der Wirtschaft nach jungen praxisorientierten Absolventen gerecht und muss daher weiter ausgebaut werden.

# **Finanzierung**

Die Liberalen Demokraten fordern, dass die gesamte Finanzierung unseres Bildungssystems durch unseren Staatshaushalt getragen werden muss. Die Änderungen im Bildungssystem werden allen Bürgern, Institutionen und Unternehmen zu gute kommen.

Deutschland ist bekannt für seine Erfindungen und seine wissenschaftlichen Leistungen. Da es wichtig ist diesen Standard zu halten, sehen wir eine Notwendigkeit die Bildung vom Geldbeutel der Eltern unabhängig zu gestalten und jedem Bürger den Zugang zu höherer Bildung einzuräumen.

Zur Finanzierung des oben genannten Reformenpaktes sehen die *Liberalen Demokraten* vor, Ausgaben in Bereichen, die sozial weniger von Nutzen und Interesse sind, zu kürzen, um das Geld in die Bildung und andere Bereiche, die sozial von Belang sind, investieren zu können. Ferner ist das deutsche Steuersystem zu überarbeiten, sozial gerechter, einfacher und effizienter zu gestalten.